

Dieter Graumann: Alles wird gut?

Im November 2010 wird das neunköpfige Präsidium des Zentralrats neu gewählt werden. Der noch nicht gewählte Vorsitzende dieses noch nicht gewählten Gremiums wurde nun bereits im Februar 2010 ausgerufen: Dieter Graumann. Er soll – so scheinen sich einflussreiche Kreise hinter dem Rücken der bisherigen Vorsitzenden Charlotte Knobloch einig geworden zu sein – im November diese Vorsitzende ablösen.

Dr. Dieter Graumann, zusammen mit Prof. h.c. Salomon Korn seit 2006 Vizepräsident des Zentralrats, ist sicher nicht die schlechteste Wahl: Ein intelligenter, charmanter Mann, der – das hat er als Finanzdezernent des Präsidiums seit Jahren bewiesen – auch mit Geld umgehen kann. Was wird er bewegen und bewirken können?

Zwei prinzipielle Fragen

Als Vertretung der deutschen jüdischen Gemeinden muss der Zentralrat gegenüber Politik und Gesellschaft in Deutschland zu zwei Problemkomplexen Stellung beziehen. Erstens ist das die Frage der Allgemeingültigkeit der Menschenrechte. Juden in Deutschland sind die Nachkommen der Opfer deutsch-nazistischer Verfolgung. Als solche haben sie die Rolle als Mahner, als moralische Instanz, als Hüter der politischen Korrektheit. Ritualisiert geschieht das jedes Jahr neu am 9. November und am 27. Januar, ebenso bei der Einweihung neuer Synagogen und bei der Verlegung von Stolpersteinen. In einen Widerspruch zu dieser Rolle als moralische Instanz kann der Zentralrat aber geraten, wenn er sich vorbehaltlos mit der Politik des Staats Israel identifiziert, die doch in vielfältiger Weise die Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung verletzt.

Die zweite Frage, in der sich die Vertretung der jüdischen Gemeinden positio-

nieren muss – überlappend, aber nicht identisch mit dem ersten Problemkomplex – ist unsere Rolle in Deutschland als Minderheit. Es ist ganz offensichtlich – das kann man an vielen offiziellen Anlässen sehen, bei denen Vertreter des Zentralrats als VIPs teilnehmen – dass wir Juden in Deutschland eine *privilegierte* Minderheit sind. Ich meine, dass das nach den Verbrechen der Nazizeit auch mit einem gewissen Recht geschieht, zumindest noch solange die Generation unserer Eltern – der unmittelbaren Opfer der Nazis – lebt. Die Frage ist nun: Wie gehen wir Juden, wie geht der Zentralrat mit dieser Rolle einer privilegierten Minderheit um? Sollen wir, wie jeder gute Lobbyist, aufgrund dieser privilegierten Position möglichst viele Vorteile für die jüdischen Organisationen herausverhandeln? Laufen wir nicht Gefahr, durch das Betonen eigener Privilegien gesellschaftliche Unterstützung außerhalb der Politikerkaste einzubüßen? Wie halten wir es mit den anderen Minderheiten in diesem Land, insbesondere mit der viel größeren anderen religiösen Minderheit: dem Islam?

Knoblochs Antworten

In beiden Fragen hat sich Charlotte Knobloch in ihrer jahrzehntelangen Tätigkeit für den Aufbau jüdischen Lebens in München und in Deutschland klar positioniert, auf Positionen, die maximal problematisch sind.

In der ersten Frage streicht sie die Rolle der Juden als Opfer des Nationalsozialismus heraus und forderte in dieser Hinsicht "wehret den Anfängen"; gleichzeitig missbilligt sie jede Kritik an Israels Politik gegenüber den Arabern, auch wenn diese Kritik genau aus der Motivation des "Wehret den Anfängen" vorgebracht wird. Dieser Widerspruch zwischen der Mahnung zum Wahren der Menschenrechte und der eigenen Unter-

stützung von Verletzungen von Menschenrechten wird von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung wahrgenommen. Dies bringt die Vertretung der deutschen jüdischen Gemeinden in eine schwierige Lage.

In der zweiten Frage agiert sie – mit bemerkenswertem Erfolg – als Lobbyistin für jüdische Interessen und rackert sich in dieser Hinsicht für ihre Wähler tagtäglich ab. Die Interessen anderer Minderheiten in Deutschland spielen in ihrem Denken und in ihrem Alltag keine wesentliche Rolle.

Der Vergleich mit Bubis ist erhellend. Bezüglich der Politik Israels hatte Bubis das große Glück, in einer Zeit Zentralratspräsident zu sein, in der in Israel eine Wende zum Guten möglich schien: als Rabin Präsident war und eine Verständigung mit Arafat in der Luft lag. Damals war Solidarität mit Israels Politik nicht schwer; denn der krasse Widerspruch zwischen Annahmen von Menschenrechten in Deutschland und Verweigern von Menschenrechten an Palästinenser in Israel schien vor einer Lösung zu stehen. Bubis konnte sich aus diesem Dilemma also weitgehend heraushalten. Aber heute, wo sich die Situation der Palästinenser durch Israels Druck so dramatisch verschlechtert hat, geht das nicht mehr.

Zweitens war Bubis in einer Zeit Zentralratspräsident, in der die Fremdenfeindlichkeit in Deutschland aufloderte: Unsere Lübecker Synagoge wurde 1994 und 1995 mit Brandbomben beworfen, in Hoyerswerda und Rostock wüteten Pogrome gegen Vietnamesen, in Mölln kam Familie Arslan in den Flammen eines Brandanschlags um und in Solingen die Familie Genç. Immer war Bubis zur Stelle, repräsentierte das Entsetzen der anständigen Deutschen und wirkte so, als sei er nicht nur Zentralratspräsident der Juden, sondern gleichzeitig Zentralratspräsident aller Minderheiten in Deutschland. Charlotte Knobloch

hatte glücklicherweise weniger Gelegenheit, zu solchen Mordbrennereien Stellung nehmen zu müssen, aber es hätte auch nicht zu ihr gepasst. Sie wirkt nicht so, als lägen ihr Vietnamesen und Türken am Herzen. Am Herzen lag und liegt ihr nur ihre jüdische Gemeinde, in München und bundesweit.

So wirkte Bubis durch seine öffentlichen Stellungnahmen. Der tägliche Kleinkram war ihm möglicherweise nicht so wichtig. Knobloch dagegen ist sehr effektiv als Interessenvertreterin. Was sie in München mit dem Synagogenneubau allein städtebaulich erreicht hat, ist bemerkenswert. Ich hatte auch zeitweilig den Eindruck, dass sie als Interessenvertreterin und mütterliche Ratgeberin guten Kontakt zur Bundeskanzlerin hatte und dadurch einigen Einfluss hatte.

Hat Graumann neue Antworten?

Was den ersten Problemkomplex angeht, bin ich bei Graumann pessimistisch. Graumanns öffentliche Äußerungen zu Israels Politik sind – bei aller Sympathie für seine Person – herb. Eigentlich muss ich ihm dankbar sein: Ohne seine schaurige Aufforderung an Ministerin Wieczorek-Zeul im Sommer 2006, sie solle zurücktreten, wäre ich vielleicht niemals öffentlich aktiv geworden. Damals führte Israel den Libanonkrieg und brachte dabei für jeden getöteten Israeli hundert Libanesen um. Als Frau Wieczorek-Zeul die Regeln der Verhältnismäßigkeit der Kriegsführung anmahnte, war dies für Dr. Graumann Grund genug, ihren Rücktritt zu fordern. Die Jüdische Allgemeine, Organ des Zentralrats – auch schon damals in Graumanns Zuständigkeit – , weigerte sich, meine kritische Stellungnahme zum Libanonkrieg abzudrucken. Stattdessen fand sich auf Seite 1 jener Zeitung ein Interview mit Dr. Graumann, in dem er gegen Kritiker wie mich polemisierte. Eine Änderung dieser rigorosen Haltung

ist auch während Israels Attacke auf Gaza nicht erkennbar gewesen.

Wenn jetzt die Medien Graumanns Kandidatur so kommentieren, dass nun nicht mehr ein Zeuge der Judenvernichtung Zentralratspräsident würde, so kann das mit Blick auf diesen Problemkomplex nur Schlimmes befürchten lassen. Es könnte nämlich bedeuten, dass die moralische Dimension von Politik, die allein durch den Lebenslauf der Personen Galinski, Bubis, Spiegel, Knobloch nicht von der Tagesordnung genommen werden konnte, nun entsorgt werden soll. Wenn Graumann nicht mehr so viel von Moral und Menschenrechten reden wird wie seine Vorgänger, dann fällt der Widerspruch zu Israels Menschenrechtsverletzungen nicht mehr so auf – dies, befürchte ich, denken sich manche, die diese Kandidatur unterstützen.

Was den zweiten Problemkomplex angeht – wie wir uns als privilegierte Minderheit gegenüber anderen Minderheiten verhalten – bin ich vorsichtig optimistisch. Graumann könnte sich hier an Bubis orientieren und klüger agieren als Charlotte Knobloch. Ob dies zutrifft, wird sich zeigen. Und ob dies funktionieren kann, wenn man gleichzeitig Israels Verletzungen von Minderheitenrechten rechtfertigt, ist sehr fraglich.

Übergetretene Juden – Knoblochs verpasste Chance

In der Öffentlichkeit wird systematisch die Rolle ausgeblendet, die Übertritte zum Judentum gespielt haben, um gerade in den letzten Jahrzehnten jüdisches Leben in Deutschland zu erhalten.

Beispielsweise bestand das Trio, in dem ich zehn Jahre lang für die Autonomie der Lübecker Jüdischen Gemeinde gekämpft hatte, neben mir aus einem 1925 in Warschau geborenen Juden und einem mir Gleichaltrigen, der mit Frau und Kindern zum Judentum übergetre-

ten war. Dieser setzte sich so unermüdlich für die Gemeinde ein, dass er bei unserer ersten Gemeinderatswahl die meisten Stimmen erhielt.

Beispielsweise auch der Mann, der im Vorstand der Hamburger Jüdischen Gemeinde mit Starrsinn und Sturheit dafür gesorgt hatte, dass wir jahrelang nicht autonom wurden – dieser Mann wurde, als er dann gestorben war, nicht auf dem Jüdischen Friedhof beerdigt, denn er hatte offenbar "nur" einen jüdischen Vater und war wohl nie übergetreten. Aber für den Vorstand hatte es gereicht! Beispielsweise der Vorsitzende des reformorientierten jüdischen Landesverbands in unserem Bundesland Schleswig-Holstein – er ackert unermüdlich und erfolgreich für das Wohl seiner jungen Dorfgemeinden. Seine – wie er sagt - jüdische Mutter hat sich aber noch nirgends als tatsächliches oder mögliches Gemeindeglied gezeigt ...

Und als wir Lübecker uns mit diesem anderen Landesverband um die knappen Finanzmittel und die Entscheidungsstrukturen stritten, da kam als Vertreter des Zentralrats dessen Generalsekretär – auch ein Übergetretener.

Das ist nicht nur im Norden so: Als ich letztes Jahr an Schawuot in München war und zu Mincha in die Jakobsplatz-Synagoge ging, durfte ich die Tora aus dem Schrein herausnehmen. Und wie ich da so stand und der Vorbeter "Gadlu laAdonai Iti" anstimmte, da fiel mir auf: Von uns dreien, die da vor der Torah-Lade standen - dem Vorbeter, dem Schammes und mir - , war ich der einzige gebürtige Jude.

In der Presse werden die Frage nichtjüdischer Familienangehöriger und (vom Standpunkt des orthodoxen Judentums aus) die Notwendigkeit von Übertritten nur immer bei den Zuwanderern aus der Ex-Sowjetunion diskutiert. Aber keiner der Personen, die ich hier beispielhaft genannt habe, ist Zuwanderer. Das heißt, es gibt nicht nur die "alt-eingesessenen" deutschen (und meist in

Wirklichkeit polnischen) Juden und die bunte Menge ex-sowjetischer Zuwanderer, sondern ein wichtiger tragender Pfeiler des jüdischen Gemeindelebens in Deutschland sind deutsche Übergetretene: Übergetretene sind im Direktorium des Zentralrats, Übergetretene sind (i.a. liberale) Rabbiner und Rabbinerinnen, Übergetretene sind die Gattinnen von deutschen Journalisten, die sich auf jüdische Fragen spezialisiert haben. (Und selbstverständlich war ich im Direktorium nicht der einzige, der mit einer nichtjüdischen Lebenspartnerin Kinder hat.)

Was hat dies mit Frau Präsidentin Charlotte Knobloch zu tun? Nun, ganz einfach: Auch sie ist zum Judentum übergetreten, zumindest wenn es nach der orthodoxen Auffassung geht, der sie selbst sich ja verpflichtet fühlt. Sie hatte einen jüdischen Vater und eine christliche Mutter, und bevor sie in den 50er Jahren den jüdischen Herrn Knobloch heiratete, muss sie zum Judentum übergetreten sein.

Dieses wesentliche Detail aus ihrer Biografie scheint Frau Knobloch immer etwas peinlich gewesen zu sein. Sie schien sich nur mit dem jüdischen Elternteil zu identifizieren. Das mag auch sehr persönliche Gründe haben, wie sie die Streitereien und Scheidung ihrer Eltern erlebt hat und auf welche Seite sie sich dort gestellt hat.

Aber es wäre großartig gewesen, wenn Frau Knobloch sich zu ihrer Herkunft bekannt hätte und damit offensiv umgegangen wäre. Sie hätte auf die deutsche Öffentlichkeit in authentischer Weise integrativ zugehen können: "Ich bin mütterlicherseits ein Teil der Mehrheitsgesellschaft und väterlicherseits Teil einer Minderheit, die aber auch Teil dieser Gesellschaft ist, denn wie sonst hätten meine Eltern zueinander finden können." Wenig davon war zu spüren. Knobloch wurde in der Öffentlichkeit wahrgenommen als jemand, die auf den

Sonderrechten der Juden besteht; und möglicherweise war es dieses Nicht-Annehmen-Wollen ihrer christlichen Mutter, das sie manchmal so kompromisslos erscheinen ließ.

Ich weiß nicht, ob sie das akzeptieren kann, was ich hier geschrieben habe. Oft sagte sie mir, ich möge mit meinen "Aktivitäten" aufhören. Sie sagte mir das direkt, meistens unter vier Augen, nicht hintenrum. So fand ich bei aller Gegensätzlichkeit der Meinungen, dass sie sich immer fair zu mir verhalten hat. So möchte ich es auch mit ihr halten.

Die Demontage

Absolut nicht fair war die Kampagne, die nun zum Verzicht von Charlotte Knobloch auf eine neue Kandidatur geführt hat.

Eine zentrale Rolle bei dieser Kampagne spielte die ZEIT. Einer der drei Herausgeber ist Dr. Josef Joffe, und da er jüdisch ist, wird er wohl ein Wörtchen bei dem Artikel, der Charlotte Knobloch demonitierte, mitgeredet haben. Bekanntlich ist er nicht nur so schneidig-selbstüberzeugt wie sein Mitherausgeber Helmut Schmidt, sondern auch deutlich weniger altersweise als dieser. Die Entsorgung der moralischen Dimension von Politik zugunsten eines "entschlossenen" Vorgehen des "Westens" und Israels gegen Iran und gegen "Islamisten" aller Art dürfte Joffe ein Anliegen sein, und da kommt die Demontage der sperrigen, in die Vergangenheit hineinreichenden Charlotte Knobloch sehr gelegen. Wie oben gesagt: Wenn der Zentralrat nicht mehr so viel von Moral und Menschenrechten redet, dann fallen – so das simple Kalkül – Israels Menschenrechtsverletzungen auch nicht mehr so auf.

Außerdem ist Knobloch in ihrem Herzen stets eine Orthodoxe geblieben, während Joffes Herz (und wohl auch Geldbeutel) zugunsten der reformorientierten Gemeinden Norddeutschlands ausschlägt. (Mancher mag meinen und hof-

fen, dass eine Reform-Einstellung in religiösen Dingen mit einer liberaleren Einstellung gegenüber den palästinensischen Rechten einhergeht. Diese Illusion habe ich schon lange verloren. Joffe ist ein gutes Beispiel.)

Irgendeinen Verbündeten im Machtzentrum des Zentralrats wird Joffe wohl gehabt haben. Dieter Graumann selbst wird es nicht gewesen sein.